

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

POLITIK, Leitartikel

Nach dem Bruderkrieg

Bush und Schröder: Ernüchterung als schöpferische Chance

*** Josef Joffe ***

Gerhard Schröder und George Bush reden wieder miteinander. Warum bloß? Hatte nicht der eine mit Anti-Bushiaden seinen Wahlsieg ergattert, der andere die Deutschen in die verstaubte Ablage "altes Europa" verbannt, wo sie zu "ignorieren" seien?

Warum also? Etwa, weil sie bei der UN-Versammlung in neuer Liebe zueinander entbrannt wären? Die gab es nie, und sie wird auch nie aufflammen, zu tief sitzt das Misstrauen. Nicht in der Seele der beiden möge man also kramen, sondern im Realpolitischen, das die verlässlicheren Erklärungen liefert. Die Antwort ganz knapp: Sie brauchen einander; die lange Entfremdung zwischen "Alt-Europa" und Amerika weicht einem kühleren Kalkül der Interessen.

Der Sieg als Horrorgeschichte

Ein Jahr lang war Schröder persona non grata im Weißen Haus; am 11. August hob Bush den Bannfluch auf: "Deutschland hat eine sehr aktive Rolle in Afghanistan übernommen, und dafür sind wir sehr dankbar." Überdies freute er sich darauf, dem Kanzler höchstpersönlich seinen Dank auszusprechen. Woher diese plötzliche Politesse? Bush: "Die Dinge ändern sich eben."

Ein hübsches Understatement. In diesen Wochen erlebt Bush ein innen- wie weltpolitisches Debakel, das in einer Kabinettsdemokratie zum Sturz des Regierungschefs führen könnte. Sein glänzender militärischer Sieg über Saddam

Hussein verkehrt sich in eine politische Horrorstory; seine triumphale Bestätigung bei den Kongresswahlen 2002 (als die Republikaner gegen alle Erfahrung in beiden Häusern zulegten) mündet in den Albtraum einer one-term presidency. Die Wirtschaft wächst zwar, aber die Jobs kehren noch nicht zurück, derweil das Defizit explodiert. 87 Milliarden Dollar für den Irak will Bush vom Kongress haben, doch wetzt die Opposition schon die Säbel: Mehr Geld kriegt er nur, wenn andere Länder 42 Milliarden zuschießen (bislang sind's nur magere zwei). "Die Realitäten zeigen ihre Macht", notiert Senator Chuck Hagel, ein Parteifreund. Ein Kollege höhnt: "Rumsfeld ist neuerdings so gelehrig wie ein junger Hund."

Auch Gerhard Schröder bedrängen die Realitäten. Auf den Wahl-Prüfstand muss er erst in drei Jahren, doch warten auf ihn in diesem Herbst drei riskante Abstimmungsschlachten im Bundesrat, derweil auf seiner linken Flanke die Parteifreunde den Aufstand proben. Besser also, nur an einer Front zu kämpfen, als sich auch noch mit George W. prügeln zu müssen.

Schwerer aber wiegt eine Außenpolitik, die ein Jahr lang mit hohen Einsätzen gespielt hat, ohne wirklich abzuräumen. Die Revolte gegen den großen Bruder - Gleichgewichtspolitik wie im 19. Jahrhundert statt Bündnispolitik wie in den letzten fünfzig Jahren - hat den Irak-Krieg nicht verhindern, die "Hypermacht" nicht züchtigen

können. Die Kosten dieser Überschätzung deutscher Macht wurden dagegen immer deutlicher.

Statt die traditionelle Balance zwischen Frankreich und den USA zu halten (womit die Deutschen sehr gut gefahren sind), hat Schröder sich in die Arme des ewigen Amerika-Rivalen Frankreich geworfen - und so Chiracs Politik radikalisiert. Die strategische Mittlerposition aufzugeben hat das Gewicht dieses Landes nicht verstärkt. Und deshalb die freundliche Friedensofferte, die Schröder just vor seinem New Yorker Auftritt in der New York Times ausgebreitet hat.

In dem Namensbeitrag erinnert er an seinen schweren Gang im Bundestag, als er eine deutsche Afghanistan-Truppe mit der Vertrauensfrage erzwang. Anders als die Franzosen, die manchmal so reden, als wäre ihnen die amerikanische Niederlage im Irak lieber als dessen Wiederaufbau, beteuert Schröder: "Wir müssen gemeinsam den Frieden gewinnen." Im Namen einer "tiefen Freundschaft" verspricht er allerlei Hilfe, etwa beim Aufbau der Polizei.

Der eine ruft nach Beistand, der andere gewährt ihn, wie es sich für Uraltverbündete gehört. Doch geht die Sache viel tiefer. Vom Hohepriester der Realpolitik, Lord Palmerston, stammt der Glaubenssatz, wonach die Nationen weder bleibende Verbündete noch dauerhafte Feinde hätten, sondern nur ewige Interessen. Dieses Credo aus dem 19. Jahrhundert darf man

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

heute getrost umkehren: Die Interessen ändern sich, die Freunde bleiben dieselben, weil Europa und Amerika in Wahrheit keine besseren finden.

Am heftigsten ist diese Botschaft in Washington eingeschlagen. Befreit von den Fesseln sowjetischer Gegenmacht, beschwipst vom leichten Sieg in Afghanistan, haben die Bushisten geglaubt, dass schiere militärische Kraft, ein einzigartiges Arsenal cleverster Waffen die härteste Machtwährung in dieser Welt wären. Wozu Alliierte, wozu Institutionen, wenn man sich alles selber kaufen kann? Die Verführung geriet zur Illusion.

Jetzt steht Bush (buchstäblich) mit leeren Taschen da. Langsam lernt er, dass die drängendsten Probleme der Außenpolitik nicht solo zu lösen sind. Der Antiterrorkrieg liefert das paradigmatische Beispiel: Womöglich hätte sich die Tragödie der Twin Towers schon wiederholt, wenn nicht Amerikas Geheim- und Polizeidienste so eng mit hundert anderen zusammengearbeitet hätten. Der Kollaps von Cancún? Bilaterale Deals sind kein Ersatz für globalen Freihandel, welcher der Exportmacht Nummer eins am meisten nützt. Währungskrisen, die den Dollar bedrohen? Ein 500-Milliarden-Leistungsdefizit schlägt irgendwann auf die US-Wirtschaft zurück. Nordkoreanische und

iranische Atomwaffen? Nur dauerhafte Koalitionen können diese Schreckensvision bannen.

Für die mittleren und minderen Mächte aber gilt die gleiche Lektion. Einfach nur "schwarz" zu sagen, weil die Supermacht "weiß" sagt, ist die sterilste aller Diplomaten. Sie führt bestenfalls zur Blockade, schlimmstenfalls zum Gestus des Vergeblichen oder gar zum leichtsinnigen Alleingang des Giganten, den man so zu zähmen wünschte.

Amerikas historische Aufgabe

Und die gute Nachricht? Viel Glas ist zerschlagen worden, aber ein Fenster der Gelegenheit bleibt intakt - und weit offen. Gezüchtigt die "Hypermacht", ernüchert die Kleineren. Selbst Jacques Chirac redet nicht mehr vom Veto gegen eine neue Irak-Resolution; es nützt weder Frankreich noch dem Rest der Welt, wenn Amerika den Frieden verliert und entweder die Saddamisten zurückkehren oder im Irak ein Krieg aller gegen alle ausbricht.

Die größere Verantwortung lastet freilich auf den Schultern des Allergrößten. Noch ist Bush, wie seine Rede vor den UN zeigte, nicht so weit, aber seine historische Chance liegt in der Rückbesinnung auf das Goldene Zeitalter

amerikanischer Außenpolitik, das im Zweiten Weltkrieg begann. Schon 1944 trat Amerika als Architekt einer Nachkriegsordnung auf, deren Säulen die UN und das Weltwährungssystem waren, gefolgt von einem Dutzend internationaler Institutionen, die eines gemeinsam hatten: Sie bedienten US-Interessen, derweil sie auch jene aller anderen mittrugen. Diese Organisationen waren deshalb so erfolgreich, weil sie dem Multilateralismus gehorchten, also den anderen Stimme und Mitsprache verliehen.

Present at the Creation heißen die Erinnerungen des legendären US-Außenministers Dean Acheson, der in jener Phase die fruchtbare Kärnerarbeit geleistet hat. Der zweite Band schreit geradezu danach, in diesen Monaten geschrieben zu werden. Nicht klein-klein im Schachern um Irak-Resolutionen, sondern groß-groß im Entwurf eines Bündnisses für das 21. Jahrhundert. Oder ganz kurz: Amerika muss sich selbst zähmen, Europa im gemeinsamen Unternehmen die Stimmrechte erwerben, die den Riesen vor Übermut schützen.

Audio <http://hoeren.zeit.de>